



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Armin Gaber
Beisitzer Bundesvorstand BUND
Berlin

Edo Günther
Sprecher BUND Arbeitskreis
Atomenergie und Strahlenschutz
Fon: 0176-46121314
edo.guenther@bund.net

26.7.2021

Per Email:

- Bundesamt für die Sicherheit in der nuklearen Entsorgung (BASE)
- Teilnehmende der Fachkonferenz Teilgebiete
- CC: AG Vorbereitung, Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Nationales Begleitgremium (NBG), Partizipationsbeauftragter, Atommüllkonferenz

Nach „Diskussionspapier“ von BASE – Absage dritte Fachgebietskonferenz

Sehr geehrter Präsident Wolfram König,
Sehr geehrte Vizepräsidentin Prof. Dr. Patrizia Nanz,
Sehr geehrte Teilnehmende der Fachkonferenz Teilgebiete,

als jahrelang engagierte ehrenamtlich Aktive im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) teilen wir Ihnen heute mit, dass wir unsere weitere Begleitung der vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geführten Öffentlichkeitsbeteiligung an der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle vorerst einstellen. Am dritten Beratungstermin der Teilgebietskonferenz werden wir uns nicht mehr beteiligen. Mit diesem Schritt nehmen wir auch Bezug auf die Erklärung von Vertreter*innen des Fördervereins Mediation im öffentlichen Bereich e.V. (FMöB) und dem Bundesverband Mediation e.V. (BM), in der diese sich aufgrund der zahlreichen Defizite von dem Verfahren distanzieren, obwohl sie den Prozeß seit Jahren aktiv begleiten.

Grund für unseren Schritt ist die wiederholte und demonstrierte nicht-Bereitschaft des BASE, konkrete Forderungen, Vorschläge und Konzepte z.B. von der Fachkonferenz Teilgebiete verbindlich aufzunehmen. Und das selbst wenn diese auf mit großer Mehrheit gefassten Beschlüssen basieren. Bereits im Februar hat die Fachkonferenz auf eine drohende Partizipationslücke aufmerksam gemacht und das BASE zum Handeln aufgefordert. Auf dem zweiten Beratungstermin wurde dann ein klares Rahmenkonzept für eine fehlende verbesserte Öffentlichkeitsbeteiligung vorgelegt und BASE aufgefordert innerhalb von vier Wochen einen Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen. Diese Frist ist am 12.07.2021 verstrichen, ohne dass BASE einen konkreten Vorschlag mit Bezug auf die Beschlüsse veröffentlicht hat. Die eindeutige Forderung der Fachkonferenz wurde schlichtweg ignoriert.

Nun stellt BASE außerhalb des Rahmens der Fachkonferenz Teilgebiete mit Unterstützung des Partizipationsbeauftragten einer Teilöffentlichkeit ein Papier mit unverbindlichen Allgemeinplätzen vor. Dies führt die Beschlüsse der Fachkonferenz ad absurdum. Das BASE geht nicht auf die konkret ausformulierten Wünsche der Fachkonferenz ein und erläutert mit keinem Wort, wie eine rechtlich verbindliche (formelle) Beteiligung erfolgen soll. Details sollen in einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden, bei der unklar bleibt, wie

sie sich legitimiert. Damit hält das BASE am schon vor Wochen vorgestellten Zeitplan fest, erst auf der Statuskonferenz im November konkret zu werden.

Das BASE bleibt damit bei ihrer nun schon Jahre andauernden Politik, alle Anregungen, Vorschläge und Forderungen aus der Öffentlichkeit mit freundlicher Unverbindlichkeit „auszusitzen“, mit Gegengutachten zu widerlegen und in jedem Fall sicherzustellen, dass es keine (rechtlichen) Verbindlichkeiten gibt. Unser Eindruck ist: Das BASE betrachtet die Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem StandAG nicht als Chance eines fairen Verfahrens auf Augenhöhe mit der Bevölkerung, sondern lediglich als juristischen Rahmen, in dem Fehler mit Blick auf spätere Gerichtsverfahren vermieden werden müssen.

Aber nicht nur das BASE, sondern auch die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) zeigt uns immer wieder, dass die vom StandAG als Lehre aus Gorleben geforderte Öffentlichkeitsbeteiligung immer wieder aus dem Focus gerät. Das wurde deutlich, als die BGE mit dem für die Öffentlichkeitsbeteiligung notwendigen Zwischenbericht Teilgebiete, fast nur auf Referenzdaten basierend, die halbe Republik zur Endlagerzone erklärte und damit einen mangelhaften und kaum aussagekräftigen Bericht vorlegte.

Auch hier werden die entscheidenden Informationen über die weiteren Schritte aus der Konferenz ausgelagert. Nur durch ein Versehen hat die BGE die Regionen Preis gegeben, anhand derer die weiteren Methoden entwickelt werden sollen. Eigentlich wollte man damit nicht an die Öffentlichkeit. Dem Anspruch an ein transparentes Verfahren wurde schon damit widersprochen. Getoppt wird das Ganze noch dadurch, dass über den E-Mail-Verteiler der Fachkonferenz die Teilnehmer*innen zwar regelmäßig Infos zu unterschiedlichsten Workshops bekommen, nicht aber zum Öffentlichkeitskonzept des BASE oder zu den Modellgebieten.

Wir können nicht erkennen, dass das BASE eine aktive Öffentlichkeitsbeteiligung anstrebt, sondern in nichtssagenden Beiträgen für alles Verständnis erklärt, aber keine Bereitschaft auf Bürger*innen und Umweltverbände zuzugehen. Die Teilnehmer*innen der Fachkonferenz werden ignoriert und das Beteiligungsformat damit vor die Wand gefahren.

Seit vielen Jahren begleitet der BUND mit seinen ehrenamtlichen Aktiven engagiert und konstruktiv in einem überaus intensiven Verfahren die Atommüllagersuche, während die Erzeuger sich längst aus dem Staub gemacht haben und die Gesellschaft mit dem für mindestens eine Million Jahre hochgefährlichen Abfall allein lässt.

Als Umweltverband haben wir immer wieder betont: Wir stehen zur Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Der gegen unseren Widerstand angefallene Atommüll muss so sicher wie möglich in Deutschland gelagert werden. Diese Aufgabe lässt sich nur gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung bewerkstelligen. Gesellschaftliches Engagement und Unterstützung für diese schwierige und gefährliche Aufgabe scheint aber für die staatlichen Stellen und andere Beteiligte nicht so bedeutsam, dass ein Entgegenkommen auf unsere Forderungen, zumindest in Teilen, erfolgt.

Wir BUND-Aktive machen seit Jahren die Erfahrung: Das BASE weiß alles immer besser und macht was es will. Wir werden das Verfahren weiter beobachten, werden Mängel und Defizite benennen, maximale Beteiligung und Mitspracherechte einfordern und gegebenenfalls rechtliche Schritte einleiten.

Wir stellen aber fest: Für den dritten Termin der Fachkonferenz sind wir nicht mehr bereit, dafür unsere Zeit, unser Wissen und unsere Kraft einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Armin Gabler, Beisitzer im Bundesvorstand des BUND
Edo Günther, Sprecher Bundesarbeitskreis Atomenergie und Strahlenschutz
Dirk Seifert, Stellvertretender Sprecher